

Johannes Moser

Trügerische Imaginationen

Die „Restrukturierung“ der
deutschen Universitäten aus der
Perspektive der Europäischen
Ethnologie

Curiosity and Commitment. Perspectives on the Transformation of European Universities, ed. by Arantes et al., 2024,
S. 79–96.
<https://doi.org/10.25364/978390337430005>

© 2024 by Johannes Moser
This work is licensed under a Creative Commons Attribution 4.0 International License, except for images, screenshots
and logos.

Johannes Moser, LMU Munich, j.moser@lmu.de, <https://orcid.org/0000-0001-7372-1413>

Zusammenfassung

Die akademische Landschaft hat sich in den letzten dreißig Jahren nicht nur in Deutschland massiv verändert. Obwohl dieser Beitrag davor warnen möchte, alle Transformationen in westlichen Gesellschaften als neoliberal zu bezeichnen, lässt sich nicht leugnen, dass das Leben von Forschenden und Studierenden durch verschiedene akademische Umstrukturierungsmaßnahmen erheblich beeinträchtigt wurde. Da die Staatshaushalte für die Grundversorgung (inflationsbereinigt) stagnieren, sind Universitäten gezwungen, kurzfristige externe Finanzierungen in Anspruch zu nehmen, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Darüber hinaus wird von Forschenden zunehmend erwartet, dass sie im öffentlichen und virtuellen Raum sichtbar sind. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses hat zu einem äußerst starren Bildungssystem geführt. Die Erhöhung des Verwaltungsaufwands verschärft die Situation zusätzlich. Die Auswirkungen stagnierender Haushalte werden noch deutlicher, wenn Gelder für Lehre und Forschung für die Bezahlung der Verwaltung abgeschöpft werden. Der vorliegende Beitrag versucht, die Prozesse aus kulturwissenschaftlicher Perspektive zu analysieren.

Schlagwörter: Transformation des Universitätssystems, Bolognaprozess, Hochschulfinanzierung, Drittmittelabhängigkeit

Abstract

The academic landscape has seen massive changes over the last thirty years, not only in Germany. Although the paper wants to caution against labelling all transformations in western societies as neoliberal, there is no denying that the lives of researchers and students have been significantly affected by various academic re-organisation measures. With government budgets for basic provision stagnating universities are being forced to seek short-term external funding to achieve competitive advantage. Moreover, researchers are increasingly expected to be present and visible in public and virtual spaces. The implementation of the Bologna process has led to a highly rigid system of education. The inflation of the administrative load further exacerbates the situation. The effects of stagnating budgets become even more palpable when funding for teaching and research is syphoned off to pay for the administrators. This paper seeks to analyze the processes from the perspective of European Ethnology.

Keywords: transformation of the university system, Bologna process, university funding, dependence on third-party funding

Dieser Beitrag soll – etwas unakademisch – mit einigen Erinnerungen und Anekdoten beginnen, welche die Veränderungen der Hochschullandschaft anzudeuten vermögen.¹ Als ich im Jahr 1980 in Graz Volkskunde zu studieren begann, gab es an unserem Institut einen Professor. Nach meiner Erinnerung kam er zwei bis drei Mal in der Woche ans Institut, um seine Lehrveranstaltungen zu halten, die wichtigsten organisatorischen Dinge zu besprechen und Unterschriften zu leisten. Dann zog er sich in sein wissenschaftliches Refugium zuhause zurück und las wissenschaftliche Literatur und arbeitete an seinen Forschungen und Publikationen. Die grundlegenden organisatorischen Aufgaben überließ er seinen Mitarbeiter:innen, vielleicht so manches andere auch noch, was ich als Student nicht so wahrgenommen habe. Ich glaube, es wäre ihm absurd vorgekommen, für seine Forschungen Drittmittel einzuwerben, denn die Aufgabe der Universität bestand darin, Studierende auszubilden und den Professoren, damals waren es ja tatsächlich fast nur Männer, den Freiraum für ihre individuellen Forschungen zu geben. Im Rahmen der niedrigeren Studierendenzahlen reichten die Kapazitäten für die Vorhaben des Instituts durchaus.

Ich überspringe nun ca. 25 Jahre und wechsle in das Jahr 2006, als ich an die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) berufen wurde. Ich ging – nach meiner Meinung – gut gerüstet in die Verhandlungsgespräche. Die Studierendenzahlen waren hoch (ca. 600 im Haupt- und Nebenfach) – und stiegen in den Jahren darauf noch einmal an – und die Grundausstattung des Instituts mit zwei Professuren, zwei Mitarbeiter-Stellen und einem halben Sekretariat sowie mangelhaften Etatzuweisungen extrem niedrig. Ich kann nun nicht sagen, dass ich in diesen Verhandlungen schlecht behandelt worden wäre, aber mein Wunsch nach einer dritten Professur und nach zusätzlichen Planstellen wurde in dieser Verhandlung und in Gesprächen in den darauffolgenden Jahren stets zurückgewiesen. Es stellte sich heraus, dass für eine Exzellenz-Universität wie die LMU München, Studierendenzahlen relativ unerheblich sind. Der im persönlichen Gespräch überaus sympathische und umgängliche Präsident erläuterte mir bei einem Termin, dass wir das Betreuungsverhältnis ganz einfach zu unseren Gunsten ändern könnten, wenn wir Zugangsbeschränkungen einführen. Mein Argument, dass es in München so viele Studierende gäbe, weil wir halt einerseits ein attraktives Institut seien und andererseits aufgrund von bayernweiten Streichungen von Volkskundeprofessuren mehr Stu-

1 Dieser Beitrag wurde ganz bewusst im Duktus des Vortrags belassen, der am 19. Oktober 2018 in Graz im Rahmen des Symposiums *Neugier und Auftrag. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven auf den Umbau Europäischer Universitäten* gehalten wurde, allerdings um einige Gedanken und vor allem Literaturhinweise ergänzt.

dierende nach München kämen, spielte für ihn keine Rolle. Nur am Rande sei erwähnt, dass ich darüber auch mit dem zuständigen Ministerialrat gesprochen habe, der davon sichtlich irritiert war, weil er aber nur für die LMU zuständig ist, über die Vorgänge an den anderen Universitäten nicht genau genug Bescheid wusste. Das ist die Kehrseite der Hochschulautonomie, die zur Folge hat, dass es keine übergeordnete Instanz mehr gibt, die darauf achtet, wo auf welche Art und Weise gespart oder umstrukturiert wird, was zumindest eine Zeitlang zu Lasten der kleineren Fächer und der Einprofessuren-Institute ging.

Aber zurück zu meinem Gespräch mit dem Präsidenten der LMU. Selbstverständlich – so der Präsident – sei es möglich, zusätzliche Professuren für ein Institut oder ein Fach zu erhalten. Dafür müsste nur ein größerer Forschungsverbund geschaffen werden, mit dem erfolgreich Großforschungsprojekte eingeworben werden könnten, dann würde die Universität auch neue Professuren zur Verfügung stellen. Dafür hatte die Universität auch einen Steuerungsplan für Professuren mit der Überschrift 50:40:10 entworfen. Das bedeutete nichts anderes, als dass 50 % der Professuren (insbesondere Lehrstühle) unverzichtbar wären, 40 % könnten bei den Fakultäten bleiben, aber eventuell mit einer neuen Denomination ausgeschrieben werden. 10 % wären zwar *nice to have*, würden aber gestrichen, um damit neue Initiativen zu stärken.

Obwohl ich dieser Drittmittelfixierung der Universitäten, die ja durch mangelnde Grundfinanzierung durch die öffentliche Hand befeuert wird, weil zugleich die Mittel für die Projektförderung (Stichwort Exzellenzinitiative²⁾) massiv erhöht worden sind, äußerst kritisch gegenüberstehe, habe ich mich nach diesem Gespräch mit dem LMU-Präsidenten sofort ans Werk gemacht und renne seither mit wechselhaftem Erfolg der Karotte hinterher, die mir vor die Nase gehalten wurde.

Ausgehend von diesem anekdotischen Einstieg möchte ich die Veränderung der deutschen Universitätslandschaft auf unser Vielnamenfach Volkskunde/Europäische Ethnologie/Empirische Kulturwissenschaft/Kulturanthropologie, das ich in der Folge der Einfachheit halber *Europäische Ethnologie* nennen werde, im Speziellen sowie auf die Kultur- und Sozialwissenschaften im Allgemeinen beleuchten. Was ich hier berichte, gründet sich nicht auf einer systematischen empirischen

² Die Exzellenzinitiative ist die umfangreichste Förderinitiative für Universitäten, die bislang in Deutschland aufgelegt wurde. In der ersten Phase mit drei Förderrunden (2006–2019) gab es drei Förderlinien für Exzellenzcluster, Graduiertenschulen und sogenannte Zukunftskonzepte ganzer Universitäten, wobei letztere allerdings zur Voraussetzung hatten, dass mindestens ein Exzellenzcluster und eine Graduiertenschule eingeworben wurden. In der ab 2019 neu gefassten Exzellenzstrategie gibt es nur mehr die Exzellenzcluster und den Exzellenzstatus von Universitäten, die für eine erfolgreiche Bewerbung um diesen Status zwei eigene Cluster oder drei Kooperationscluster eingeworben haben müssen.

Forschung, sondern beruht – neben Recherchen im Internet und der Analyse der massenhaft vorhandenen Texte zur Thematik, auf die ich allerdings auch nur auszugsweise zurückgreifen kann – auf einer Art indirektem und ungeplantem ethnografischen Verfahren, insofern ich auf meine Beobachtungen und Erfahrungen im Lauf meiner akademischen Karriere zurückgreife: als Dekan und Mitglied der erweiterten Hochschulleitung, als Professor an einer sogenannten Exzellenzuniversität, als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde und auf Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen bei unterschiedlichsten Gelegenheiten wie Fachkongressen, Hochschultagungen oder bei Gutachtersitzungen bei der DFG oder beim Bundesministerium für Bildung und Forschung.³

Generelle Entwicklungen

Für Leute, die schon längere Zeit im akademischen Betrieb tätig sind, ist der große Wandel, der hier in den letzten drei Jahrzehnten stattgefunden hat, nicht zu leugnen. Dabei geht es um Transformationsprozesse, die nicht nur die Universitäten betreffen, sondern die global zu beobachten sind, vielleicht aber gerade in jenen europäischen Gesellschaften, die einem wohlfahrtsstaatlichen Modell mit einem gemäßigt kapitalistischen Kurs folgen, besonders scharf wahrgenommen werden. Dieser mit dem Schlagwort Neoliberalismus zunächst nur undeutlich bezeichnete Wandel wurde in den Kultur- und Sozialwissenschaften in Bezug auf soziale und gesellschaftliche Veränderungen ausführlich beschrieben. Das reicht von grundsätzlichen Fragen über Veränderungen in der Politik bis zur Arbeitswelt und der öffentlichen Daseinsfürsorge im Bereich Wohnen, Verkehr und anderer Leistungen, sowie dem Ausverkauf von so genannten Commons. Ein Zurückdrängen des Staates und staatlicher Einrichtungen zugunsten privatwirtschaftlicher Unternehmen lautete eines der Credos; Deregulierung, Outsourcing von Dienstleistungen und projektförmiges Arbeiten sind weitere Merkmale neoliberaler Einstellungen.

Die Palette von Autorinnen und Autoren, die sich diesem grundlegenden Wandel gewidmet haben, ist lang. Sie reicht, um nur wenige zu nennen, von Pierre Bourdieu und Michel Foucault über Richard Sennett bis zu Antonio Negri und Michael Hardt; im Fach waren es etwa Elisabeth Katschnig-Fasch oder viele Wissenschaftler:innen aus dem Umfeld der Arbeitskulturenforschung um Irene Götz, Gertraud

3 Es handelt sich also in Teilen um eine Autoethnografie, bei der das ethnografische Selbst als Resource genutzt wird, wie Brigitte Bönisch-Brednich das beschrieben und dabei auch den Bologna-Prozess als Forschungsfeld angeführt hat (Bönisch-Brednich 2012: 54).

Koch und Klaus Schönberger, die sich diesen Transformationsprozessen angenommen haben.⁴

Für die deutschen Universitäten gibt es dabei mindestens zwei markante Einschnitte: Das ist einerseits die sogenannte Bologna-Reform, auf die ich später noch eingehen werde, und andererseits die starke Drittmittelfokussierung, die verstärkt kompetitive Elemente in die Finanzierung der Wissenschaften bringen sollte. In die Universitätslandschaft hat damit verstärkt das Projekt Einzug gehalten, das Ulrich Bröckling als Basiselement zeitgenössischer Gouvernementalität bezeichnet hat. Darunter versteht er „Regieren als Projektmanagement im doppelten Sinn: *governing projects* und *governing by projects* zugleich“ (Bröckling 2013: 252). Es handelt sich bei dieser Restrukturierung der Wissenschaftslandschaft um einen weiteren Schritt in Richtung Ökonomisierung. Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich halte es durchaus für richtig und wichtig, dass es eine drittmittelfinanzierte Forschung gibt, dass ein Wettbewerb um die interessantesten Ideen und Konzepte stattfindet, dass gerade risikobehaftete Forschungsideen unterstützt werden. Hier sind allerdings abermals zwei Aspekte zu berücksichtigen. Das eine ist die strukturelle Unterfinanzierung deutscher Universitäten seit ca. zwanzig Jahren. Das lässt sich auch mittels Zahlenmaterials belegen.⁵ Im WS 1999/2000 studierten an deutschen Universitäten 1,16 Millionen Studierende, bis zum Wintersemester 2017/18 stieg die Zahl auf 1,8 Millionen Studierende an, was einen Zuwachs von 55 % bedeutet, während sich die Anzahl der Professuren nur um ca. 12 % erhöht hat (auf ca. 27.000), in den kleinen geisteswissenschaftlichen Fächern ist sie sogar um 2 % gesunken.

Im gleichen Zeitraum wuchs das Budget der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) von ca. 2 Milliarden Euro um 60 % auf 3,2 Milliarden. Außerdem wurden mit Programmen wie dem Hochschulpakt und dem Qualitätspakt *Lehre* weitere befristete Programme aufgelegt, die Universitäten und Fachhochschulen zugutekommen, die aber keine langfristige Planungssicherheit zulassen. Während sich Bund und Länder etwa im Pakt für Forschung und Innovation dazu entschlossen haben, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Max Planck-, Fraunhofer- und Leibniz-Institute sowie der DFG) jährlich einen Aufwuchs von 3 % ihres Budgets zu garantieren, ist dies bei den Universitäten nicht der Fall. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen finanzieren ihren Haushalt zu 80 % aus der Grundlagen-

4 Um diesen Beitrag nicht mit allgemein bekannter Literatur zu überfrachten, habe ich an dieser Stelle auf explizite Referenzen verzichtet. Eine Ausnahme soll der Hinweis auf zwei Titel der zu früh verstorbenen Grazer Freundin und Kollegin Elisabeth Katschnig-Fasch sein (2003, 2006).

5 Die Zahlen wurden aus folgenden Quellen zusammengetragen: <https://www.hochschulverband.de/>, <https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K254.html> und <https://de.statista.com> (letzter Zugriff: 15.10.2018).

finanzierung durch Bund und Länder und zu 20 % durch Drittmittel. Die Universitäten, denen auch noch die Hoheitsaufgabe der Ausbildung zukommt, finanzieren sich mittlerweile zu 50 % aus Drittmitteln, was weitreichende Konsequenzen gerade auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs mit sich bringt, der durch die Vielzahl von befristeten Beschäftigungen immer stärker in prekäre Lebensverhältnisse gezwungen wird und bei weitgehend stagnierenden Planstellen und insbesondere Professuren immer schlechtere Chancen auf eine dauerhafte akademische Karriere hat.

Ergänzend dazu zeige ich Ihnen noch ein paar Zahlen aus unserem Fach, nämlich wie sich die Stellen an unseren Instituten zusammensetzen. Was aus den Angaben auf den jeweiligen Homepages nicht hervorgeht, sind die Stellenprozente der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was aber für den groben Überblick nicht so entscheidend ist, weshalb ich jede auf der jeweiligen Homepage angeführte Person in meine Statistik aufgenommen habe. Administratives Personal sowie wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte werden nicht angeführt.

Universität	Professuren	Planstellen	Drittmittelstellen
Augsburg	1	6	
Bamberg	1	2	
Berlin	8 ⁶	5	20
Bonn	1	3	2
Eichstätt	1	1	
Frankfurt/Main	1	4	
Freiburg	3	3	4
Göttingen	3	8	7
Hamburg	3	3	9
Jena	2	6	1
Kiel	2	7	
Mainz	3	6	
Marburg	2	5	1
München	2 ⁷	3	12
Münster	2	6	
Regensburg	2	5	2
Saarbrücken	1	1	
Tübingen	3	6	12
Würzburg	1	6	2

⁶ Am Berliner Institut ist eine weitere W3-Professur ausgeschrieben.

⁷ Am Münchner Institut wurde der Ruf für eine dritte Professur erteilt. Es handelt sich allerdings nicht um eine Planstelle, sondern um eine W2-tenure-track-Professur *ad personam* aufgrund eines erfolgreich eingeworbenen ERC starting grants.

In dieser Tabelle sehen Sie die Institute unseres Faches in Deutschland, die noch als eigene Einheit erkennbar sind und hier zeigen sich schon einige eindeutige Befunde. Obwohl von den Studierendenzahlen ein mittelgroßes Fach, handelt es sich von den Planstellen her meist um kleine Institute. Die Ausnahme ist – zumindest bei den Professuren – das Berliner Institut, wobei hier bei den Professuren auch zumindest drei befristete Juniorprofessuren enthalten sind, die nach der Förderung durch diverse Programme nicht dauerhaft etabliert werden können. Sonst sind auch an einigen anderen Standorten Juniorprofessuren enthalten, bei denen es sich allerdings um Planstellen handelt, die aber meist nur befristet – also ohne tenure track – besetzt werden dürfen. Worauf ich mit dieser Tabelle hinaus will, ist der teilweise hohe Anteil an Drittmitittelmitarbeiter:innen im Verhältnis zum restlichen wissenschaftlichen Personal, insbesondere zu den Mittelbaustellen. In Berlin und München gibt es viermal so viele Drittmittelstellen wie Mittelbaupositionen, in Hamburg dreimal so viele, in Tübingen doppelt so viele und in Freiburg und Göttingen jeweils fast gleich viele. Dabei war teilweise noch nicht einmal zu erkennen, ob manche Mitarbeiter:innen, die nicht als Projektmitarbeiter:innen ausgewiesen waren, nicht doch über befristete Programme wie den Qualitätspakt *Lehre* oder Studienzuschüsse der Länder finanziert werden. Rechnen wir aus den hier aufgelisteten Professuren die befristeten Juniorprofessuren raus, so buhlen nur in diesem Pool – denn es gibt ja noch viele hochqualifizierte Wissenschaftler:innen, die gerade in keinem Projekt oder keiner Universitätsanstellung sind – ca. hundertfünfzig qualifizierte Wissenschaftler:innen um zweihundvierzig Professuren.⁸ Der Ruf nach besseren Bedingungen und Lebenszeitperspektiven für jüngere Wissenschaftler:innen ist also mehr als berechtigt.

Ich will aber noch zu einem anderen Aspekt bei dieser Projektformigkeit des Universitätsbetriebs zu sprechen kommen. Dabei handelt es sich um die Auswirkungen auf Personen und Inhalte. Schon im Jahr 1988 – also lange vor dem „Exzellenzwahnsinn“ in Deutschland – hat der Soziologe Joachim Matthes in Hinblick auf die zunehmende Projektformigkeit in der Forschung von einer „Frühverkrüppelung von Forschungsideen“ gesprochen, weil die „Lebensperspektive“ einer Forschungsidee immer auf eine Projektlaufzeit gerichtet sein müsse (Matthes 1988: 467). „Die Notwendigkeit“, so Ulrich Bröckling, „immer neue Projekte zu akquirieren“, bringe „eigene Semantiken, Sozialcharaktere und Ereignistypen hervor“, die erst noch sozialwissenschaftlich untersucht werden müssten (Bröckling 2013: 250).

8 Diese Rechnung ist sehr schwierig aufzustellen, weil der Durchlauf auf Mitarbeiterpositionen mit Vertragslaufzeiten zwischen drei und sechs Jahren sehr viel schneller erfolgt als bei Professuren, wo im Durchschnitt von ca. zwanzig Jahren ausgegangen werden muss. Ebenso wenig Berücksichtigung finden hier die über nationale Grenzen hinweg stattfindenden Stellenvergaben und Berufungen.

Die Projektanträge müssen an die Vorgaben oder Merkblätter der DFG oder des European Research Council (ERC) zugeschnitten werden, wobei unter anderem jene Forschungsdesiderata erst kreiert werden, die man selbst dann zu beheben versucht. Dabei würden Forschungsveteranen geschaffen, wie Bröckling meint, die sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hängeln und „ohne deren Routinen und Tricks kaum ein Projekt eine Begutachtung überleben würde“ (ebd.). Ganz zu schweigen von jenen Beratungsunternehmen, die sich auf die Unterstützung beim Verfassen und Verwalten von EU-Anträgen spezialisiert haben. Die „universitäre Planstellenaristokratie“ blicke auf diese prekären Existenz „meist mit einer Mischung aus Mitleid und Verachtung“ hinab (ebd.). Diese Personen gibt es auch in unserer Disziplin und häufig müssen sie bis zur Grenze des berufungsfähigen Alters zittern, ob sie an eine Professur oder eine andere Dauerstellung gelangen können, wobei ihnen häufig zum Nachteil gerät, dass sie durch die Drittmittelbeschäftigung weniger Erfahrung in der Lehre und Betreuung von Studierenden aufweisen.

Die Drittmittelfixiertheit zerstört aber auch – um mit einem Titel von Richard Sennett (1998) zu spielen – den Charakter der Forscher:innen, und zwar auch jener auf Dauerstellen. Treffen wir uns heutzutage auf Konferenzen, so wird häufig nicht über eine jüngst fertiggestellte oder in Fertigstellung befindliche Monographie gesprochen – wer kommt überhaupt noch dazu, eine Monographie zu verfassen? –, sondern man/frau unterhält sich über Projekte, womit selbstredend drittmittelfinanzierte Projekte gemeint sind. Das ist die neue Währung, in der sich der Wert einer Forscherpersönlichkeit bemisst. Von einigen Universitäten weiß ich, dass für die jeweilige Hochschulleitung hinter jedem Professor bzw. jeder Professorin die Summe der eingeworbenen Drittmittel steht, die als Hauptmerkmal der Leistungsfähigkeit einer Person gilt.⁹

Nicht ohne Scham dachte ich bei der Vorbereitung dieses Vortrags an viele Situationen, in denen ich mich selbst mit diversen Projekten wichtig gemacht habe. Die Selbstverständlichkeit, mit der dies getan wird, ist frappierend, und schockierend kommt dazu, wie Kolleg:innen nicht an ihren wissenschaftlichen Leistungen gemessen werden, sondern an der Einwerbung von Drittmitteln. Diese gelten bei Befragungen ebenso als ein bedeutendes Kriterium wie auch schon bei zu besetzenden Mittelbaustellen. Bei tenure-track-Verfahren habe ich als Dekan erlebt, dass die Entfristung von Professuren trotz hochrangiger Forschungsleistungen zunächst

⁹ Silke Götsch hat 2001 bereits die Problematik aufgeworfen, dass wissenschaftliche Leistung zunehmend an Drittmitteln gemessen würden, meinte allerdings, dies würde auf die Geisteswissenschaften weniger zutreffen als auf die Naturwissenschaften (vgl. Götsch 2001: 17). Das hat sich allerdings spätestens seit der Exzellenzinitiative grundlegend gewandelt.

mit der Begründung abgelehnt wurde, dass es noch keine größeren Drittmitteleinwerbungen gab oder die Entscheidung über einen Antrag etwa bei der DFG noch nicht gefallen sei.

Bei Drittmittelprojekten kann im Bourdieu'schen Sinne die Wirkmächtigkeit aller Kapitalsorten beobachtet werden. Zunächst einmal braucht es Ressourcen, um überhaupt an solchen Anträgen arbeiten zu können. Es liegt auf der Hand, dass kleinere Institute und Lehrstühle nicht die Kapazität haben, um größere Forschungsverbünde wie etwa Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs oder gar Exzellenzcluster zu beantragen und zu koordinieren.¹⁰ Schon eine Forschungsgruppe mit sechs bis zehn Teilprojekten stellt dabei eine riesige Herausforderung dar. Dann bedarf es logischerweise auch des kulturellen Kapitals – sowohl das inkorporierte als auch das institutionalisierte durch Titel wie Professor oder Lehrstuhlinhaber –, dass einem Antrag jenseits der Inhalte zu Strahlkraft verhilft. Schließlich darf auch das soziale Kapital der Beziehungen innerhalb der *scientific community* nicht unterschätzt werden, das bei Begutachtungen nützlich sein kann. Im Erfolgsfall erwächst daraus jenes symbolische Kapital, das – z.B. bei Hochschulleitungen – wieder in ökonomisches Kapital transferiert werden kann. Außerdem verführt die Tatsache, dass Antragsteller:innen schon mehrfach bei Drittmittelanträgen erfolgreich waren, dazu, dass neue Anträge wohlwollender gelesen werden.

Generell gesehen führen diese Entwicklungen aber auch zu einer Hierarchisierung der Hochschulen mit jenen an der Spitze, die in der Exzellenzinitiative erfolgreich waren und die insbesondere durch das sogenannte Zukunftskonzept, bei der Universitäten als ganze Exzellenzmittel erhalten, eine Ungleichheit im System hervorbringen, wie sie etwa im Fußball schon im Bereich der Champions League zu beobachten ist.¹¹ Die erfolgreichen Universitäten bauen mit den diversen Drittmittelzuweisungen und der sogenannten Programmpauschale ihre Strategieabteilungen und die Forschungsförderungsabteilungen aus, was sich bislang weniger erfolgreiche und kleinere Universitäten nicht leisten können. Überhaupt, und das ist mein letzter Punkt zu diesem Thema, haben die Transformationen in der Hochschullandschaft zu einer Aufblähung der Verwaltung rund um die Hochschulleitungen geführt. Allein in den zwölf Jahren, in denen ich an der LMU München arbeite, hat sich die Zahl der Referent:innen von Präsident und Kanzler vervielfacht, es wurden Stabsstellen für alles Mögliche eingerichtet, die jeweils mit mehreren Personen

10 Sehr wohl sind aber einige Kolleginnen und Kollegen an Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs beteiligt.

11 Im internationalen Vergleich ist diese Hierarchie zwischen finanzstarken Eliteuniversitäten und finanzienschwächeren Universitäten insbesondere im angelsächsischen Raum zu beobachten, während sich die Universitätslandschaft in Deutschland (noch) dadurch auszeichnet, dass hohe Qualität in Forschung und Lehre weitgehend auch in der Breite aller Universitäten erreicht wird.

ausgestattet sind.¹² Im gleichen Zeitraum mussten die Fakultäten Stellen abgeben, die dann in einem Belohnungssystem für erfolgreiche Antragsteller:innen wieder ausgeschüttet werden, ohne dass es allerdings zu einem signifikanten Zuwachs an Planstellen in den Fakultäten kommt. Schließlich baut auch das Professoren-Besoldungssystem darauf auf, besondere Leistungen durch Leistungsbezüge zu honорieren, wobei an fast allen Universitäten diese Leistungen in der Einwerbung von Drittmitteln gesehen werden.¹³

Bologna-Reform

Die andere weitreichende Veränderung in der deutschen Universitätslandschaft lässt sich unter Bologna-Reform fassen, mit der ein einheitlicher europäischer Hochschulraum mit verpflichtender wechselseitiger Anerkennung der Studienleistungen, höchstmöglicher Mobilität und barrierefreies Studieren über regionale und nationale Grenzen hinweg, für Deutschland eine Verringerung der Studienabbruchquoten und nicht zuletzt eine größere Passgenauigkeit für die Wirtschaft erreicht werden sollte. Abgesehen davon, dass eine Kulturwissenschaft wie die Europäische Ethnologie immer schon gewarnt sein muss, wenn etwas homogenisiert werden soll, hat sich herausgestellt, dass zumindest in Deutschland diese Reform schiefgelaufen ist und gerade für die kleinen Fächer zu einer Katastrophe wurde.

Man muss nicht unbedingt Ulrich Beck folgen, der konstatierte: „Was zwei Weltkriege nicht geschafft haben, könnte Bologna erreichen: die deutsche Universität zu zerstören“ (Beck 2010), aber man kommt nicht umhin, jene Verschiebungen festzustellen, die sich von einer inhaltlichen Auseinandersetzung damit, was in einem Studium auf welche Art und Weise vermittelt werden soll, hin zu einem bürokratischen Monster verschoben hat, das die Verwaltungsaufgaben aufgebläht hat, wie es die deutschen Universitäten bis dahin nicht gekannt haben.

Werfen wir einen Blick zurück in die Geschichte des deutschen Magisterstudiums. Studierende begannen ein Studium der Europäischen Ethnologie, von dem sie von der Schule her keine Ahnung hatten, viele von ihnen waren auch Studienfachwechsler, die erst während ihres Studiums auf dieses Fach aufmerksam wurden. In

12 Leider kann diese Beobachtung nicht mit Zahlen unterlegt werden, weil die Stellenpläne und das Organigramm für 2006 (wie überhaupt für frühere Jahre) nicht mehr abrufbar sind.

13 Seit 2002 gibt es für deutsche Professor:innen die sogenannte W-Besoldung mit einem Grundgehalt und leistungsbezogenen Elementen. Die Leistungsbezüge können einerseits bei Berufungs- und Bleibeverhandlungen vergeben werden sowie andererseits – meist in geringerem Ausmaß – für besondere Leistungen, worunter fast ausschließlich Drittmittelerfolge zu verstehen sind. Die Durchschnittsgehälter der Professor:innen blieben durch diese Maßnahme unverändert, allerdings ergaben sich Verschiebungen zwischen Fächergruppen, so dass etwa die Professor:innen in den Naturwissenschaften besser gestellt sind als Geisteswissenschaftler:innen.

den ersten vier Semestern wurden sie in das Studium eingeführt und mussten dann das Nadelöhr Zwischenprüfung bewältigen. Im Hauptstudium folgten dann die Hauptseminare und insbesondere das Studienprojekt, welches die perfekte Vorbereitung für einen erfolgreichen Abschluss der Magisterarbeit und der Magisterprüfung darstellte. Abgesehen von den theoretischen und methodischen Grundlagenveranstaltungen konnten die Studierenden ihre Seminare und Vorlesungen relativ frei wählen. Das stellte zu Beginn des Studiums sicherlich eine Herausforderung dar, wurde am Ende allerdings stets als große Bereicherung empfunden, weil innerhalb des größeren Rahmens des Studiums der Europäischen Ethnologie ganz gezielte Schwerpunktsetzungen möglich waren, in die sich die Studierenden dann vertiefen konnten. Hatte zu Beginn des Studiums noch kaum jemand eine Ahnung, wofür zum Beispiel die Kulturtheorien nötig seien, sah dies spätestens nach Beendigung des Studienprojekts anders aus. Noten spielten zudem erst bei der Magisterarbeit und der Magisterprüfung eine entscheidende Rolle.

Das Bachelorstudium gehorcht völlig anderen Gesetzen. Mit Schaudern denke ich an die vielen Besprechungen, bei denen unsere inhaltlichen Vorstellungen an juristische Vorgaben insbesondere bezüglich des European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) angepasst werden mussten. Alle Module mussten durch sechs oder drei ECTS-Punkte geteilt werden können, pro Semester mussten es exakt dreißig Punkte sein. Jede Note zählt von Beginn an in die Abschlussnote hinein. Positive Entwicklungsschritte verbessern zwar den Notenschnitt, können aber schlechtere Noten vom Beginn des Studiums, als die Inhalte des Faches noch nicht völlig durchdrungen werden konnten, nicht gänzlich wettmachen. Ich erinnere mich an mein Studium in Graz, wo wir Studierende mehrere Semester benötigten, um die Inhalte eines der ersten theoretischen Seminare zu verstehen. Für die Abschlussnote hätte so etwas im deutschen Magistersystem keine Rolle gespielt.

Aber die Noten sind ja nur ein kleiner Teilaspekt. Was eingesetzt hat, ist eine „Taylorisierung von Bildung und Wissenschaft“, wie Norbert Bolz das genannt hat (zitiert nach Reitz 2007: 475). Es geht um eine Technik der Effizienzsteigerung, bei der „die Optimierung körperlicher Abläufe“ nunmehr auf den Geist übertragen wird (ebd.). Mit der Einführung des ECTS-Systems, das ja auf der Umrechnung von – vermeintlich investierten – Zeitstunden in Leistungspunkte beruht, wird „eine alte volkswirtschaftliche Idee, die Arbeitswerttheorie, in die Praxis umgesetzt“, wie der Soziologe Stefan Kühl argumentiert hat (Kühl 2012: 35). Dies wird auch als ein Schritt zur zunehmenden Ökonomisierung des Studiums gesehen, die auf verschiedenen Ebenen durchzusetzen versucht wird. Der Soziologe Franz Schultheis sieht die Bologna-Reform „als ein Musterbeispiel von top down-Politik“ (Schultheis 2008:

190); sie sei ein „strategisches hegemoniales Projekt“ meint der Politikwissenschaftler Malte Albrecht in Anlehnung an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Albrecht 2013: 13). Ziel sei das Erreichen einer *Employability* (Kellermann 2016: 13), weshalb im Zentrum des BA-Studiums die Weitergabe formellen Wissens stehe, der BA werde dadurch zur Ausbildung degradiert, lautet die Meinung vieler Kritiker:innen (vgl. u.a. Wallimann 2009). Manche Wissenschaftler sprechen gar vom BA als einem Studienabbruchzertifikat (zit. nach Kühl 2012: 139). Die Palette der Kritik ist elendslang und die meisten Leser:innen werden die Argumente kennen. Ich will daher noch einmal enger auf die Auswirkungen auf unser Fach eingehen.

Die Europäische Ethnologie ist an den meisten Universitäten eine kleine Disziplin, meist mit wenigen Professuren ausgestattet. Die Bologna-Reform nun brachte unter anderem die Berechnung von Kapazitäten in den Universitätsalltag ein. Wie viele Semesterwochenstunden können von einem Institut oder einem Fach in einen Studiengang eingebracht werden. Dabei stellt sich dann häufig heraus, dass ein eigenständiger Bachelor oder Master kapazitätstechnisch gar nicht zu stemmen ist. Also wurden Institute gezwungen, entweder auf Bachelor oder Master zu verzichten beziehungsweise einen gemeinsamen Studiengang mit anderen Fächern auf die Beine zu stellen. Gibt es dann keinen eigenständigen Bachelor, dann fehlen auch die Leute für das wissenschaftlich anspruchsvollere Masterstudium, ganz zu schweigen von den Promovierenden, die für die Forschung besonders wichtig sind. Kann sich ein Institut nur den Bachelor „leisten“, so bleibt es auf der einfachsten Stufe der Ausbildung hängen. Lässt es sich auf Gemeinschaftsversionen von BA und/oder Master ein, so fehlt eine solide Ausbildung in der eigenen Disziplin, was wiederum die kognitive Identität eines Faches, wie Rolf Lindner das genannt hat (Lindner 1987), in Frage stellt und nicht mehr erkennbar werden lässt.

Die weitreichenden Veränderungen werden sichtbar, wenn wir uns die achtzehn deutschen Europäische Ethnologie-Institute ansehen. Nur mehr die Hälfte von ihnen bietet sowohl einen eigenständigen Bachelor als auch Master an. Alle anderen verfügen zumindest über einen co-gestalteten Studiengang im BA und/oder Master.¹⁴ Darunter finden sich so traditionsreiche Institute wie Marburg, Frankfurt am Main oder Bonn. Dazu gesellt sich aber noch ein anderes Problem, das mit dem Aspekt der *Employability* zu tun hat. Praktisch alle Institute, die ich kenne und die noch Bachelor und Master in Europäischer Ethnologie anbieten, richten diese Studiengänge konsekutiv aus, gehen also von der Tatsache aus, dass sechs Semester Studienzeit nicht ausreichen, um das Fach Europäische Ethnologie durchdrungen

14 Hier soll nicht gegen Kooperationen bei gemeinsamen Studiengängen argumentiert werden, allerdings erachte ich sie nur als Ergänzung zu eigenständigen Studiengängen im BA- und MA-Bereich für sinnvoll.

zu haben. Die Studierenden aber denken sehr viel strategischer oder pragmatischer. Die Hälfte oder ein Drittel drängen nach dem BA auf den boomenden Arbeitsmarkt, ein weiteres Drittel will zwar einen Master absolvieren, allerdings meist in einem anderen Fach oder zumindest an einer anderen Universität und nur der Rest studiert an den gleichen Universitäten im gleichen Fach weiter. Das führt zu niedrigen Masterstudierendenzahlen an fast allen deutschen Europäische Ethnologie-Standorten, denen mit unterschiedlichen Maßnahmen wie etwa der Umbenennung von Masterstudiengängen zu begegnen versucht wird.

Mindestens ebenso gravierend sind allerdings die Auswirkungen auf den Lehrbetrieb und die Studierenden. Die Zunahme an Lehrveranstaltungen im neuen Bachelor gegenüber dem Magister und die damit verbundene Verschulung führten – so etwa der Literaturwissenschaftler Jochen Hörisch – zu einer Studiermentalität (2006: 124), bei der nur mehr Prüfungsrelevantes gelernt werde. Student:innen würden zu Kunden in einem Dienstleistungsbetrieb, wofür ich gerne Beispiele anführen kann. Wenn Texte für ein Seminar nicht online zur Verfügung gestellt werden, weil wir gerne hätten, dass die Studierenden eine Bibliothek auch von innen sehen und sich von der Atmosphäre und anderen als den benötigten Büchern und Zeitschriften inspirieren lassen, hagelt es Proteste oder es schlägt sich in der Evaluierung nieder. Falls eine Klausur zu einer Vorlesung vorgesehen ist, dann sollten Professor:innen am besten in der Vorlesung schon die ausformulierten Antworten auf die potenziellen Fragen bereitstellen. Sollte dann eine Note nicht den eigenen Erwartungen entsprechen, dann hat der Dienstleister versagt, weil er die falschen Fragen gestellt oder die Studierenden nicht ausreichend vorbereitet hat.

Das BA-Studium hält zudem für die Studierenden auch jede Menge an Hürden bereit, wobei die Erstellung des Stundenplans, um eine überschneidungsfreie Seminarplanung vorzunehmen, zu den größten gehört. Dabei geht es ja nicht nur darum, dass die Lehrveranstaltungen unter einen Hut gebracht werden müssen. In den meisten Fällen gehen die Studierenden auch irgendeiner Form der Erwerbstätigkeit nach und die Arbeitgeber sind nicht so flexibel wie es von Hochschullehrer:innen selbstverständlich erwartet wird. Um nun aber den möglichen rechtlichen Folgen vorzubeugen, dass nämlich jemand klagt, er oder sie könne nicht in der vorgesehenen Regelstudienzeit studieren, weil die Überschneidungsfreiheit von Pflichtveranstaltungen nicht gegeben sei, hat sich etwa die bayerische Ministerialbürokratie etwas Besonderes einfallen lassen. Es darf nämlich in den Studienplänen keine Anwesenheitspflicht für Seminare verlangt werden. Damit wird die Vorstellung über den Haufen geworfen, Studierende könnten in den Seminaren durch Auseinandersetzung und Diskurs mit Lehrenden wie Peers mehr lernen, als ihnen durch die Lektüre von Büchern und Texten oder durch Online-Angebote

möglich wäre. Dass dieser Umstand keine Revolution unter den Hochschullehrer:innen hervorgerufen hat, ist verwunderlich, denn ich habe noch niemanden getroffen, der oder die das für sinnvoll erachtet. Dazu kommt noch das Sahnehäubchen einer flankierenden Maßnahme: Mündliche Leistungen dürfen in Seminaren nur dann bewertet werden, wenn eine Zweitprüfer:in anwesend ist. Das bedeutet, dass Referate, Wortmeldungen und Diskussionsbeiträge nicht in die Beurteilung eines Seminars einfließen dürfen, außer es sind zwei Lehrende anwesend, die sich wechselseitig kontrollieren, damit niemand ungerecht behandelt wird. Im selben Bundesland Bayern dürfen an Gymnasien Lehrer:innen schlechte Noten allein aufgrund der Tatsache vergeben, dass sich Schüler:innen nicht häufig genug gemeldet haben – also ganz unabhängig davon, ob sie etwas Richtiges oder Falsches gesagt haben. So viel zum Vertrauen in die Lehre an den Universitäten. Die Bürokratisierung führt auch dazu, dass flexible Umgänge mit Studierenden, die sich in problematischen Situationen befinden, erschwert werden. Im Magisterstudium gewährte man eine Verlängerung der Abgabefrist ganz unbürokratisch, wenn Studierende glaubhaft machten, dass sie private Probleme haben, weil etwa eine Beziehung in die Brüche gegangen ist oder in der Familie Schwierigkeiten auftraten. Heute müssen Wiederholungsprüfungsfristen gesetzt werden und wenn die Note bis zu einem Termin nicht ins System eingetragen werden kann, dann muss das Seminar ein Jahr später wiederholt werden, weil es nur einmal jährlich stattfindet.

Schließlich muss all dies auch noch verwaltet werden und aus den Studienzuschüssen, welche die Studiengebühren abgelöst haben, werden etwa allein in den Fakultäten der LMU mehr als fünfzig Studiengangskoordinator:innen finanziert, die Prüfungssämter mussten aufgestockt werden und auf der Ebene der Hochschulverwaltung sind ebenfalls Stellen für den Umgang mit der Bologna-Reform geschaffen worden. Ganz zu schweigen von den Kosten für die Akkreditierungsagenturen, die unsere Studiengänge überprüfen müssen.¹⁵ Es kommen einem die Tränen bei dem Gedanken, wie sinnvoll all diese Ressourcen für Forschung und Lehre hätten verwendet werden können. Um den Mehraufwand in der Lehre zu bewältigen, wurde aber nicht nur Verwaltungspersonal eingestellt, sondern man kam auch auf die glorreiche Idee, Lehrprofessuren und Hochdeputatsstellen zu schaffen, denen bei einer Lehrverpflichtung von achtzehn Semesterwochenstunden keine Zeit mehr

¹⁵ Es wäre einen eigenen Beitrag wert, die Akkreditierungspraxis einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Obwohl mittlerweile die Sinnhaftigkeit der Akkreditierung nicht mehr nur von Wissenschaftler:innen, sondern sogar von einzelnen Wissenschaftsminister:innen massiv bezweifelt wird, lässt sich eine einmal eingeführte Praxis offensichtlich nicht rückgängig machen. Dies hat sowohl mit einer Audit- und Evaluierungskultur neoliberaler Governance zu tun, aber auch mit einer Verrechtlichung unserer Gesellschaft, zu der gehört, dass selbst in Wissenschaftsministerien fast ausschließlich Jurist:innen an den Hebeln der Entscheidungsprozesse sitzen.

bleibt, um eigenen Forschungen nachzugehen, wodurch eines der Grundprinzipien der Universität – nämlich die Einheit von Forschung und Lehre – ausgehebelt wird. Lehre ist dadurch nicht mehr unmittelbar an Forschung gebunden. Der Philosoph Konrad Paul Liessmann hat dementsprechend die Bologna-Reform als Grund für die Misere der europäischen Universitätsidee bezeichnet (Liessmann 2006: 104). Möglichkeiten für individuelle Zugänge, originelle Forschungsansätze und unorthodoxe Fragestellungen schwinden. Ein Beispiel dafür ist die Praxis der Europäischen Union bei der Promovierendenförderung. Wenn sie einen Antrag für ein Initial Training Network oder ein European Joint Doctorate beim ERC stellen, müssen alle maximal fünfzehn geförderten Dissertationsprojekte vorab festgelegt werden und im Erfolgsfall können sich potenziell Promovierende darauf bewerben. Damit werden allerdings keine kritischen Köpfe gefördert, die für eine Forschungsdecke brennen, sondern Promovierende „herangezüchtet“, die den Ideen anderer zu folgen haben – wir können nur hoffen, dass sie im Förderungsfall so viel Eigenständigkeit behaupten, diese Teilprojekte an ihre eigenen Interessen anzupassen. All diesen Widersinnigkeiten zum Trotz beteiligen wir uns aber dennoch an solchen Beantragungen, weil es im Idealfall ermöglicht, mit solchen Mitteln junge Wissenschaftler:innen zu fördern und manchmal auch andere sinnvolle Aktivitäten – zum Beispiel aus den Mitteln der sogenannten Overheadpauschalen – quer zu finanzieren.

Abschließende Bemerkungen

Ich könnte noch lange fortfahren, die Veränderungen des deutschen Hochschulsystems und ihre Auswirkungen zu beklagen, was möglicherweise den Eindruck bestärken würde, hier trauere ein älterer Professor der guten alten Zeit nach. Das ist aber keineswegs der Fall, denn ich bin durchaus für Veränderung, nämlich in dem Sinne, dass die unendlichen Summen Geldes, die jetzt für Verwaltungen, Evaluierungen und andere bürokratische Verfahren ausgegeben werden, in die Grundausstattung der Universitäten fließen, damit die Lehr- und Forschungsbedingungen für Studierende wie Mitarbeiter:innen an Universitäten sich bessern. Dies wird so schnell nicht der Fall sein, aber ich will dennoch nicht pessimistisch enden. Als Kulturanthropolog:innen haben wir gelernt, dass der Mensch ein kreatives Wesen ist, das sich nicht nur einfach an gegebene Umstände anpasst, sondern eigensinnig und so weit als möglich selbstbestimmt Wege sucht, die sinnvoll erscheinen. Praktisch täglich habe ich an der Universität mit jungen und älteren Menschen zu tun, die über die Neoliberalisierung und Bolognisierung der Universität klagen, die dabei aber stets unser Tun kritisch hinterfragen, die in Forschung und Praxis nach

Lösungen für eine bessere Gesellschaft und eine bessere Universität suchen. Meine Kritik ist ein Appell an Sie, sich dabei nicht entmutigen und unterkriegen zu lassen.

Literatur

- Albrecht, M. (2013), „Exzellenz und hegemoniale Strategie. Zur Doppelmoral und Schwäche liberaler Wissenschaftspolitik“, *Diskurs* 9, Nr. 1: 12–41.
- Beck, U. (2010), „Welche Universität wollen wir?“, in J.-C. Horst et al. (Hg.), *Unbedingte Universitäten. Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität* (Zürich: Diaphanes), 103–108.
- Bönisch-Brednich, B. (2012), „Autoethnografie. Neue Ansätze zur Subjektivität in kulturanthropologischer Forschung“, *Zeitschrift für Volkskunde* 108, Nr. 1: 47–63.
- Bröckling, U. (2013), *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform* (Frankfurt am Main: Suhrkamp).
- Göttsch, S. (2001), „Kleine Fächer und Hochschulreformen. Ein Erfahrungsbericht“, in G. M. König, G. M. und G. Korff (Hg.), *Volkskunde '00. Hochschulreform und Fachidentität* (Tübingen: Tübinger Vereinigung für Volkskunde), 12–21.
- Hörisch, J. (2006), *Die ungeliebte Universität. Rettet die Alma mater!* (München; Wien: Hanser).
- Katschnig-Fasch, E. (Hg.) (2003), *Das alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus* (Wien: Löcker).
- Katschnig-Fasch, E. (2006), „In welcher Gesellschaft leben wir?“, in T. Hengartner und J. Moser (Hg.), *Grenzen und Differenzen. Zur Macht sozialer und kultureller Grenzziehungen* (Dresden: Leipziger Universitätsverlag), 137–151.
- Kellermann, P. (2016), „Die Europäische Universität“, in ders. et al. (Hg.), *Universität nach Bologna? Hochschulkonzeptionen zwischen Kritik und Utopie* (Wien: Mandelbaum), 11–15.
- Kühl, S. (2012), *Der Sudoku-Effekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie. Eine Streitschrift* (Bielefeld: Transcript).
- Liessmann, K. P. (2006), *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft* (Wien: Piper).
- Lindner, R. (1987), „Zur kognitiven Identität der Volkskunde“, *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde* 90: 1–19.
- Matthes, J. (1988), „Projekte – nein, danke? Eine (un)zeitgemäße Betrachtung“, *Zeitschrift für Soziologie* 17, Nr. 6: 465–473.
- Reitz, T. (2007), „Editorial, *Das Argument* 49, Nr. 4: 473–479.
- Schlüter, F. (2008), „Ein Resümee: Welche Universität für welches Europa?“, in ders. et al. (Hg.), *Humboldts Albtraum. Der Bologna-Prozess und seine Folgen* (Konstanz: Halem), 187–195.
- Sennett, R. (1998), *The Corrosion of Character* (London; New York: W. W. Norton & Company).

Wallimann, I. (2009), „Über Bologna-Prozess und GATS zum privatisierten europäischen Hochschulraum“, in A. Liesner and I. Lohmann (Hg.), *Bachelor bolognese. Erfahrungen mit der neuen Studienstruktur* (Opladen; Farmington Hills: Barbara Budrich), 185–190.

Johannes Moser, Professor and Chair for European Ethnology at the LMU Munich since 2006; M.A./PhD in European Ethnology 1987/1993 (Graz), postgraduate diploma in Sociology 1992 (IHS Vienna), Habilitation 2002 (Frankfurt/M); Academic Positions at the universities Graz, Frankfurt, Dresden; President of the ‘Deutsche Gesellschaft für Volkskunde’ (2015–2019); Dean, Vice Dean and Research Dean of the Faculty for the Study of Culture (2007–2015); Chair of the DFG Research Group ‘Urban Ethics’; Chair of the international PhD-Program ‘Transformations in European Societies’.